

Ärztin zu Schadenersatz verurteilt

Bundesgerichtshof (BGH) Urteil vom 15. März 2005 - VI ZR 289/03

Die Frau war starke Raucherin, ihre Gynäkologin verordnete ihr dennoch eine sog. Pille der dritten Generation (Name des Medikaments: Cyclosa), zur Regulierung ihrer Menstruationsbeschwerden.

Sie nahm daraufhin das verordnete Medikament seit Ende Dezember 1994 ein. Im Februar 1995 erlitt sie einen Schlaganfall, der durch die Wechselwirkung zwischen dem Medikament und dem von der Frau während der Einnahme über das Rauchen zugeführten Nikotin verursacht wurde.

Ausweislich der dem Medikament beigefügten Gebrauchsinformation bestand bei Raucherinnen ein erhöhtes Risiko, an zum Teil schwerwiegenden Folgen von Gefäßveränderungen (z.B. Herzinfarkt oder Schlaganfall) zu erkranken. Dieses Risiko nahm mit zunehmendem Alter und steigendem Zigarettenkonsum zu. Deshalb sollten Frauen, die älter als 30 Jahre waren, nicht rauchen, wenn sie das Arzneimittel einnahmen.

Die Frau überlebte den Schlaganfall und verlangte Schmerzensgeld und Schadenersatz von ihrer Gynäkologin mit folgendem Argument:

Die Ärztin sei verpflichtet gewesen, Sie über die mit der Einnahme des Medikaments verbundenen Nebenwirkungen und Risiken zu informieren. Unter den hier gegebenen Umständen reiche der Warnhinweis in der Packungsbeilage des Pharmaherstellers nicht aus.

Der BGH gab der erkrankten Frau jetzt Recht: Wegen der möglichen schweren Folgen, die sich bei Einnahme des Medikaments ergeben konnten, habe auch die Gynäkologin, als das Medikament verordnende Ärztin, zusätzlich über die erheblichen Risiken in Verbindung mit dem Rauchen aufklären müssen.

Mitgeteilt von Dr. Martin Krüger, Fachanwalt für Arbeits- und Versicherungsrecht, Heilbronn.



0800 / 3 222 444
(K O S T E N L O S A N R U F E N)

www.anwalt-auswahl.de